

Der Freisinn



Nr. 1
Januar 1990
12. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Zeitschriften
Sägereistrasse 30, 8152 Glattbrugg
Telefon (01) 809 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Fragwürdigkeiten zwischen Kollektivismus und Liberalismus

Mausert sich Osteuropa zur Marktwirtschaft?

Der Zerfall des «realen Sozialismus» erscheint nicht nur politisch als revolutionär; er hat auch wirtschaftliches Umdenken in Gang gebracht. Das eklatante Versagen der sozialistischen Planwirtschaft hat zu intensiver Suche nach tiefgreifenden Reformen geführt. Dabei zeigt sich allerdings, dass vielerorts noch der Mut zu ordnungspolitischer Konsequenz fehlt, wie sie sich in entschlossener Hinwendung zu Privateigentum, unternehmerischer Eigenständigkeit und echtem Wettbewerb zur Geltung bringen müsste.

In den meisten osteuropäischen Ländern bestehen Vorstellungen von einem «dritten Weg», der zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft hindurchzuführen hätte. Er müsste die (tatsächlichen oder vermeintlichen) Nachteile der beiden Systeme vermeiden bzw. ihre Vorzüge kombinieren. Begriffe wie «sozialistische Marktwirtschaft», «dezentralisierte Planung» oder «Eigentumsgemeinschaft» bringen dies zum Ausdruck.

Man möchte vom Zentralismus wegkommen, aber nicht auf aufgefächerte Programmierung von Investitionen, Produktion und Absatzkanälen verzichten; man will das Kreditwesen diversifizieren, aber unter staatlicher Kontrolle halten; man gedenkt, private Unternehmungsfinanzierung zuzulassen, aber kollektive

Kapitalmehrheiten beizubehalten usw.

Kann man indessen «von allem ein bisschen» haben und damit eine dauerhafte wirtschaftliche Gesundung herbeiführen? Gegen die Bejahung dieser Frage sprechen sowohl rationale Erwägungen als auch praktische Erfahrungen. Prosperität stützt sich auf eigenverantwortliche Unternehmungen, die Gewinnstreben und Risikobereitschaft zu kombinieren verstehen, denen Vertragsfreiheit verbürgt wird und die in offenen Märkten operieren. Ohne diese Wesenszüge des «realen Kapitalismus» wären weder die gewaltigen Wohlstandsunterschiede zwischen den westlichen und den östlichen Volkswirtschaften zu erklären noch die sozialen Komponenten der Marktwirtschaft überhaupt möglich.

Systemreformen erfordert ferner die Wünschbarkeit einer wachsenden aussenwirtschaftlichen Verflechtung der osteuropäischen Länder. Gewiss lassen sich die kollektivistischen Verkrustungen nicht einfach über Nacht eliminieren, und es ist auf dem Weg zu marktwirtschaftlichen Ordnungen wohl mit Gegenläufigkeiten zu rechnen. Es kann bisher versteckte Arbeitslosigkeit aufbrechen, und inflationäre Fieberstöße sind keineswegs auszuschliessen. Für eine gesunde Finanzierung produktiver Investitionen fehlt weitgehend eine echte, d. h. freie innere Ersparnisbildung. Die Bereitschaft der westlichen Länder zu finanzieller Hilfe ist daher folgerichtig.

Aber sie reicht bei weitem nicht aus, um die Bedingungen für eine «paneuropäische» wirtschaftliche Verflechtung zu erfüllen. Erfolgreicher Aussenhandel unter Wettbewerbsbedingungen verlangt mehr. Zu den fundamentalen Voraussetzungen gehören ein freier Zahlungsverkehr mit konvertiblen Währungen und ein von Angebot und Nachfrage bestimmtes Preissystem. Ebenso unerlässlich ist ein ausreichendes «Aussenhandels-Know-how», das zeitgemässe Formen des Marketings zu nutzen weiss.

Solange diese Bedingungen noch grossenteils fehlen, scheint es auch müssig, Konstruktionen wie etwa diejenige eines pauschalen Anschlusses der osteuropäischen Länder an die EFTA oder die ihrer unmittelbaren vertraglichen Eingliederung in den entstehenden EG-EFTA-Wirtschaftsraum zu verfolgen.

Umweltschutz, Marktwirtschaft und Hilfe an Osteuropa

Warum nicht Kläranlagen?

Der Umbruch im Osten füllt Gazetten und beherrscht die Gespräche. Wir sind überrascht, skeptisch, betroffen – vor allem aber erfreut. Der «reale Sozialismus» hat abgewirtschaftet, das freiheitliche, liberale Gedankengut hat sich gegenüber der kommunistischen Diktatur durchgesetzt. FDP-Generalsekretär Christian Kauter analysiert und präsentiert eine Idee.

Nach den turbulenten Ereignissen suchen die Völker des Ostblocks den neuen, unverhofften Freiraum zu füllen. Dabei tauchen Mängel, Schwierigkeiten auf, die die während fast fünfzig Jahren planwirtschaftlich organisierten Ostblockstaaten vor schwer lösbare Probleme stellen. Diese treten im Wirtschafts- und Umweltbereich besonders offensichtlich zutage. Es zeigt sich deutlich, dass Umstürze zwar rasch politische Änderungen bewirken können. Um aber die während Jahrzehnten verfehlten wirtschaftlichen Strukturen aufzubrechen, dazu braucht es mehr Zeit.



Ökologischer Raubbau

Geradezu bedenklich mutet die Situation beim Umweltschutz an. Nicht neue Fabriken sind es, die die Umwelt bedrohen, sondern veraltete Produktionsmittel, die oft noch aus der Vorkriegszeit stammen; Anlagen, die im marktwirtschaftlichen Westen längst durch umweltgerechte neue Produktionsmittel ersetzt worden sind. Fast täglich werden uns in Bild und Ton die Wahrheiten über den ökologischen Raubbau in den sozialistischen Staaten vermittelt. Sie sind erschütternd und stimmen nachdenklich.

Da steuert die DDR beispielsweise in Richtung Öko-Kollaps und setzt ihre Bevölkerung einer schleichenden Umweltvergiftung aus. Es grenzt an Zynismus, dass die nun abgesetzten politischen Verantwortlichen noch bis vor kurzem von höchsten SPS-Stellen glorifiziert wurden, während gleichzeitig die Wirtschaft im eigenen Land verunglimpft und als Sündenbock für Umweltbelastungen erhalten muss. Wenn die Verhältnisse in den Ostblockstaaten etwas verdeutlicht haben, so dies: Für einen effizienten Umweltschutz braucht es eine konkurrenzfähige Wirtschaft, das heisst marktwirtschaftliche Voraussetzungen.

Konzentrierung auf Kläranlagen

Mit dem vom Bundesrat vorgeschlagenen Rahmenkredit von 250 Millionen sind den neuerungswilligen Ländern im Osten Hilfsmassnahmen zugesagt. Mittelfristig werden sie auch im Bereich des Um-

weltschutzes greifen. Doch hilft doppelt, wer schnell hilft. Ihre neuen Strukturen können und wollen die ehemaligen Satellitenstaaten selber schaffen, auch im wirtschaftlichen Bereich: Kolonien sind sie lange genug gewesen. Kurzfristig bedürfen sie aber nicht bloss der Reportagen, sondern auch Zeichen der Solidarität.

Die Schweiz ist – unter anderem – stolz auf ihre relativ sauberen Gewässer. Tatsächlich zählt sie zu den Pionieren der Abwasserreinigung. In den Oststaaten dagegen mangelt es an Kläranlagen, und dort, wo sie vorhanden sind, arbeiten sie durchwegs miserabel. Warum nicht unsere Hilfeleistungen auf den Umweltbereich konzentrieren und beispielsweise Projekte für Kläranlagen finanzieren? Sie brauchen nicht unbedingt an der Weichsel oder an der Donau zu stehen, ein Nebenfluss eignet sich auch.

Einige rasch ausführbare Projekte werden zwar das Umweltproblem im Osten gewiss nicht lösen. Aber irgendwo muss ja begonnen werden. Und nützlicher als Sonntagsgespräche wäre dies allemal. Bezahlen könnten wir einige kleinere Kläranlagen gewiss. Denkbar wäre ein einmaliger Kredit aus den Erträgen des Benzinzuschlags. Oder wäre sogar ein Benzinrappen für den Umweltschutz in Osteuropa möglich? Eine solche Tat hätte auch dann Bestand, wenn die politische Zukunft der betroffenen Länder anders aussehen wird, als wir sie uns und ihnen wünschen.



Auftakt ins Wahljahr 1991

Rund zweihundert Freisinnige aus allen Landesteilen dachten und diskutierten engagiert mit an der FDP-Liberalismustagung vom 13. Januar 1990 in Bern. Ihre Gedanken werden nun zu einem liberalen Manifest verarbeitet, das seinerseits die Grundlage für die Programmarbeit abgeben wird. Zahlreiche Meinungsäusserungen sind auch dem «Freisinn» zugesandt worden; wir drucken sie in dieser Nummer ab.

Analyse der Situation in der Sowjetunion sowie in Kuba und Albanien

Das Abbröckeln des «realen Sozialismus»

Die Perestroika genannte Politik der Umgestaltung der Sowjetunion stockt. Schon heute dürfte feststehen, dass die Sowjetunion diesen «Transit des Umbaus» nicht ohne Schaden überstehen wird. Und da die marxistisch-leninistische Ideologie weltweit verspielt hat, dürften die letzten Bastionen des «realen Sozialismus» – ausser in der Volksrepublik China, Nordkorea und Vietnam –, nämlich diejenigen in Albanien und auf Kuba, bald abbröckeln.

Konservative Kommunisten werfen Michail Gorbatschew vor, er habe mit seiner Perestroika den Auflösungsprozess eingeleitet, der in den Untergang der Sowjetunion führe. Mit seinem Machtantritt im März vor sechs Jahren hat Gorbatschew lediglich den Zusammenbruch der alten Strukturen beschleunigt. Das System war schon tot, es hatte auf der ganzen Linie politisch und wirtschaftlich versagt.

Der Partei- und Staatschef hatte gehofft, rasch ein neues Gerüst an der Stelle des alten, morschen errichten zu können. Doch dieses, Gorbatschews zweite Machtsäule, trägt noch nicht, nämlich der neue Oberste Sowjet der Sowjetunion. Dieses Parlament steht erst in den Demokratieanfängen. Nach den Vorstellungen von Gorbatschew

sollte es dereinst die Partei im Staatsapparat ablösen. Dagegen wehren sich die Konservativen, derweil die «Links»-Rebellen und -Radikalen (Boris Jelzin) den zu langsamen Gang der Reformen beklagen und schon die «Selbstzerstörung der Sowjetunion innert dreier Monate» voraussagen.

Krieg statt Perestroika

Die Krise ist doppelt, politisch und wirtschaftlich, und statt Perestroika herrscht Krieg zwischen Armenien und Aserbeidschan. Der Krieg steht für das Unvermögen des Parteiapparates, eine Lösung des tiefverwurzelten Konflikts zu finden, dessen gemeinsame Wurzel (oder Übel) die russisch-sowjetische Zwangsherrschaft ist. Ursprünglicher Zankapfel zwischen den beiden Nachbarn – im Span-

nungsfeld der Weltreligionen des Christentums und des Islams – ist Nagorni Karabach.

Das 450 Quadratkilometer umfassende bergige Gebiet ist mehrheitlich von Armeniern bewohnt, wird aber von Aserbeidschan verwaltet. Eriwan fordert die Unterstellung der Enklave unter seine Verwaltungshoheit, Baku pocht auf seine Rechte. Erwiesenermassen vernachlässigte Aserbeidschan die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung von Nagorni Karabach und betrieb eine Politik der Entnationalisierung. Im letzten Jahrhundert hielten sich die Bevölkerungsanteile noch die Waage; der sowjetische Diktator Josef Stalin schlug dann – im Sinne der Politik von «teile und herrsche» – das umstrittene Gebiet der Republik Aserbeidschan zu.

Alter Konflikt

Durch die Industrialisierung Aserbeidschans – Erdöl, Petrochemie – wurde der latente Konflikt zwischen Armeniern und Asaris noch verschärft. Im Februar 1988 kam es zum ersten Gewaltausbruch in der aserbeidschanischen Industriestadt Sumgait. Dem Konflikt liegen auch soziale Spannungen zwischen den beiden Nationalitäten zugrunde. Die Armenier stellen in Aserbeidschan mehrheitlich die technisch-administrative Führungsspitze, derweil die Asaris als Arbeiter beschäftigt sind.

Bei den Asaris herrscht die Auffassung vor, sie seien seit Jahren eine minderwertige Minderheit in der Sowjetunion und würden von der Zentralmacht in Moskau ausgebeutet. In der Tat, die Sowjets, beziehungsweise die Russen, haben die Armenier traditionell besser behandelt als die Asaris. Die Armenier sind Christen, und ihre Elite steht der russischen Intelligenz weitaus näher als die schiitischen Asaris. Gorbatschew konnte Nagorni Karabach nicht «freigeben», und zwar aus Rücksicht auf die Konservativen und unter ihrem Druck, denn der Kreml muss mit Grund befürchten, dass – wenn irgendwo eine Grenze geändert wird – die ganze Sowjetunion ins Rutschen gerät.

Es gibt keine Lösung

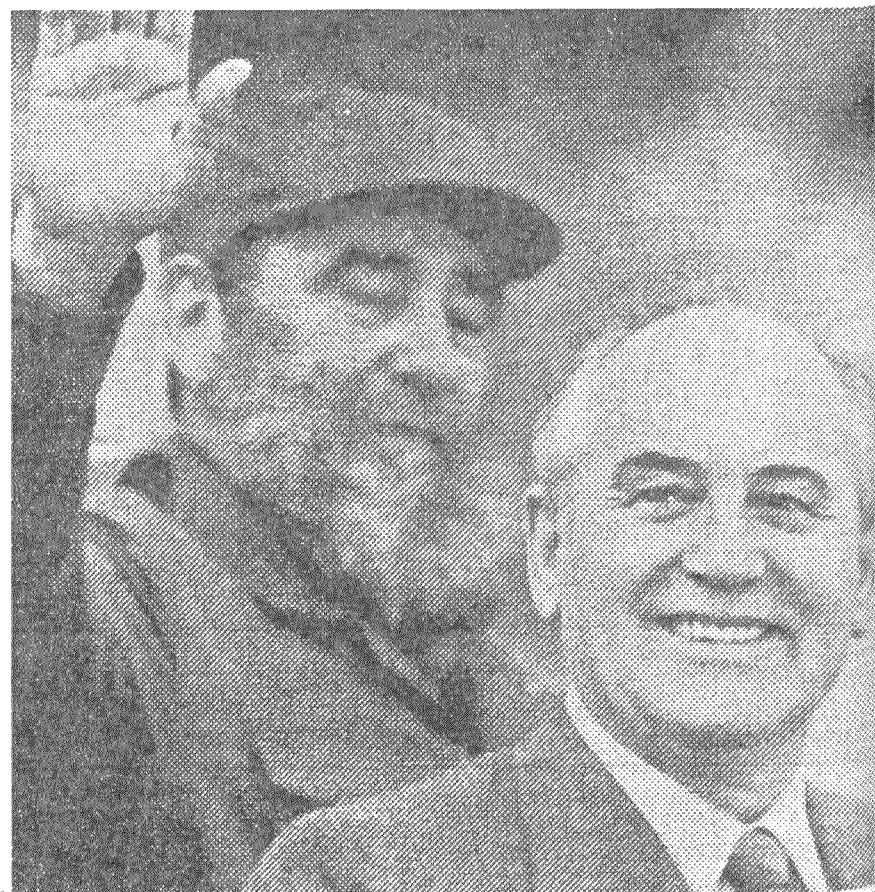
Dieser «Los-von-Moskau-Prozess» dürfte sich kaum aufhalten lassen, wie auch das militärische Eingreifen – «nicht um den Krieg zu gewinnen», wie sich Kreml-Sprecher Gennadi Gerassimow äusserte, «sondern um diesen zu beenden» – keine Lösung bringen wird. Eine Lösung besteht wahrscheinlich nur in einer Umsiedlung der betroffenen Bevölkerungsteile, was durch die blutigen Ereignisse bereits zum Teil geschehen ist.

Gorbatschew hatte geglaubt, die Nationalitätenkonflikte würden sich mit der Zeit von selbst entschärfen. Zusammengehalten wurden die Nationen und Völker bisher durch die Ideologie-Klammer. Diese gibt es nicht mehr, und im entstandenen Vakuum machen sich (bisher künstlich unterdrückte) Nationalismen und Chauvinismus breit.

Baltikum entscheidend

Aber das Überleben Gorbatschews dürfte sich nicht in Transkaukasien entscheiden, sondern im Baltikum. Estland, Litauen, Lettland wollen ihre Unabhängigkeit, losgelöst von Moskau. Noch Mitte Januar versuchte Gorbatschew die litauische Kommunistische Partei zu überreden, ihren Beschluss, aus der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) auszutreten, zurückzunehmen. Er wurde beschieden, es gebe kein Zurück mehr. Rhetorisch fragte Gorbatschew die Litauer, ob sie denn tatsächlich bereit seien, den Bestand der Sowjetunion zum Preis ihrer Würst aufzugeben. Er musste hören, was denn der Bestand der Sowjetunion nütze, wenn diese nicht einmal in der Lage sei, eine Würst zu geben!

Jacques Baumgartner



Zwei Gesichter des Kommunismus.

Fatales Finale für Fidel?

Wie lange wird sich Fidel Castro auf Kuba noch an der Macht halten können? Dieser Tage musste der ständige Korrespondent des tschechoslowakischen Radios in Havanna, Michal Cermak, seine Koffer packen. Er habe, wie ihm die kubanische Behörde beschied, «in völlig deformierter und provokativer Weise» die Lage auf Kuba dargestellt.

Cermak hatte seinem Sender in Prag über eine Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung berichtet, über Knappheit an Fleisch, Geflügel, Mehl, Fisch, Obst und Gemüse. Der tschechoslowakische Korrespondent meinte, «obwohl» die kubanische Führung jede politische und wirtschaftliche Änderung ablehne, erinnere alles «an eine Ruhe vor dem Sturm, allerdings einen Sturm rumänischer Art».

Einige amerikanische Experten sind der Ansicht, 1990 könnte «das Finale» für Fidel Castro auf Kuba bringen. Die Sowjetunion sei derart mit internen Problemen beschäftigt, dass das Aus für die bisher gewährte Überlebenssubvention in Höhe von fünf bis sechs Millionen Dollar im Jahr jederzeit zu erwarten sei.

Kuba befindet sich in nahezu vollständiger wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Sowjetunion und den früheren «sozialistischen» osteuropäischen Staaten. Ganz im Geiste von Perestroika, dem politischen und wirtschaftlichen Umbau, verlangen sowjetische Betriebe neuerdings Vorauszahlung, bevor sie nach Kuba liefern. Castro aber kann nicht bezahlen.

Die im Entstehen begriffenen neuen demokratischen Regierungen in Osteuropa dürften kaum Interesse daran haben, eine Diktatur in der Karibik am Leben zu erhalten. Aufbau und Sanierung der eigenen Volkswirtschaften haben jetzt Vorrang.

Eine der Haupteinnahmequellen, der Reexport sowjetischen Erdöls, versiegte: Damit verdiente Kuba im ersten Gorbatschew-Jahr 1985 noch 621 Millionen Dollar, 1988 knappe 180 Millionen Dollar, und 1989 dürften die Erdöllieferungen gerade den Eigenbedarf gedeckt haben. Kuba verfügte, laut letztmals im Mai 1989 veröffentlichten Statistiken, über 78 Millionen an Hartdevisenreserven. Das Dollar-Angola-Söldnergeschäft läuft spätestens 1991 aus.

Im Kreml steht Castro mit zehn Milliarden Dollar in der Kreide. Moskau will auch nicht mehr fünf-fachen Weltmarktpreis für Kuba-zucker bezahlen.

Im Ende Dezember in Havanna vom Parlament verabschiedeten Wirtschaftsplan wird für 1990 ein «Wirtschaftswachstum von ein bis zwei Prozent angestrebt». Der kubanischen Bevölkerung werden

«noch schwierigere Zeiten» vorausgesagt, «weil konvertible Währung begrenzt erhältlich ist». Hinzu kämen «mögliche Komplikationen im Handel mit den sozialistischen Staaten».

In den vergangenen Jahren sandte Havanna jeweils eine Wunschliste an den Kreml, welche weitgehend erfüllt wurde. Es pochte auf «seinen strategischen Wert für die Sowjetunion». Das ist jetzt vorbei. Moskau und Washington beendeten den «kalten Krieg». Gorbatschew kann nur sparen, erhält mehr von den Vereinigten Staaten, wenn er Kuba von der Subventionsliste streicht. Die Zeitung «Moskowskije Nowosti» schrieb unlängst: «Wir geben zu viel Geld zur Stützung autoritärer Regime aus.»

Castro konterte: «Sowjetische Publikationen verspritzen Gift gegen Kuba.» Diese möchten, dass sich die Sowjetunion der «Yankee-Blockade» gegen Kuba anschliesse. Aber selbst wenn Kuba «völlig allein gelassen» werde, würden die Kubaner «ihr Regime bis zum letzten Blutstropfen verteidigen».

Auch die Fügsamkeit des kubanischen Volkes aber kennt Grenzen, die überschritten sein dürften, wenn der Gürtel (bald) noch enger geschnallt werden muss. Castros Vorteil gegenüber den gestürzten osteuropäischen Genossen ist seine Insellage, fernab der Glasnost (Offenheit in den Medien) und der Perestroika-Schauplätze.

Aber die Winde des Wandels scheinen auch in Havanna spürbarer zu werden: Die Parteizeitung «Granma» verkündete in der ersten Januarwoche, ohne mit einem Wort auf die jüngsten Ereignisse in Osteuropa einzugehen, eine «Liberalisierung» des (Partei-)Wahlstatuts. Künftig sollen die Mitglieder von Parteiorganisationen am Arbeitsplatz «direkt und geheim» gewählt werden, und für denselben Posten darf mehr als nur ein (Partei-)Kandidat aufgestellt werden.

Lech Walesa, der polnische Arbeiterführer, legte unlängst Exilkubanern nahe, «bald» ihre Koffer zu packen, das heisst, sich für «den Tag» (des Sturzes von Castro) bereitzuhalten.

Im Lande selbst hat der kubanische Diktator die Opposition fest im Griff beziehungsweise im Kerker. Offiziell wurden 1989 dreihundert politische Prozesse geführt. Das bedeutet, Widerstand regt sich und organisiert sich in Form von Umweltschutzgruppen. So begann es unter anderem in Osteuropa, was schliesslich zu Gesprächen am runden Tisch führte. Solchen Dialog – mit Blick auf Havanna – empfahl kürzlich der sowjetische Aussenminister, Eduard Schewardnadse, den Sandinistas in Managua, deren Hauptgegner Castro ist, als (Aus-)Weg vor einem fatalen Finale?

Albanien, ganz allein: Polemik gegen Perestroika, aber...

Das kommunistische Albanien wehrt sich (noch immer) gegen jeden Wandel. Wenn die Zeichen nicht trügen, bröckelt aber die «letzte stalinistische Bastion» in Europa, steht die seit 1945 allein regierende Arbeiterpartei unter der Führung von Ramiz Alia unter zunehmendem Druck, sich politischen und wirtschaftlichen Reformen zu öffnen.

Partei und Regierung in Tirana polemisieren heftig gegen Perestroika und Glasnost, Umbau und Offenheit der Sowjetunion und wettern gegen Wandel und Wechsel in Osteuropa. Den «kommunistischen Regimen von gestern» wird «Rückkehr zu vorrevolutionären Verhältnissen» vorgeworfen. Aber die Zeit steht auch in Albanien mit seinen drei Millionen Einwohnern offenbar nicht mehr (ganz so) still.

Unter der Jugend steigt der Hunger nach «Andersartigkeit» und damit die Unruhe. Durch regelmässige Balkankonferenzen mit den Nachbarn versucht Albanien auszugleichen, dass es am Prozess der Europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) nicht teilnimmt. Vorsichtig wird die Wirtschaft dezentralisiert, fordert das Politbüro wirtschaftliche Lösungen für wirtschaftliche Probleme und spricht gar von Eigenverantwortung und Profit. Das ist etwas ganz neues, zumindest verbal.

So verkündete am 29. Dezember 1989 der Ministerrat in Tirana unter anderem, Landwirtschafts Kooperativen sei es fortan gestattet, «einen Teil ihrer Überschüsse» auf eigene Rechnung ausserhalb der offiziellen Märkte zu verkaufen. Diese Praxis war schon 1988 versuchsweise einigen Betrieben erlaubt worden, was in einigen Gebieten zu einer merklichen Verbesserung der Lebensmittelversorgung führte. Aber offenbar reichen diese «lokalen» Verbesserungen nicht (mehr) aus.

Zur Jahreswende kam es, obwohl von Tirana vehement in Abrede gestellt, in einigen Dörfern und Städten zu «Missfallenskundgebungen» gegen das Re-

gime, so in Skoder, Fier, Durres und Vlora. Grund des Protestes soll die schlechte Versorgungslage gewesen sein. Berichtet wird, Personen seien verhaftet, einige Menschen gar hingerichtet worden.

Der Wandel in Osteuropa, besonders die blutigen Ereignisse in Rumänien – wo Nicolae Ceausescu eine ähnliche Herrschaft errichtet hatte wie Enver Hoxa (Hodscha) von 1945 bis zu seinem Tode 1985 in Albanien –, wird vor allem von der studentischen Jugend aufmerksam verfolgt, und zwar mit wachsender innerer Unruhe und Unzufriedenheit.

Die spontane Erhebung der Rumänen gegen den Tyrannen wurde auch in viele albanische «gute» Stuben getragen, und zwar vom italienischen Fernsehsender RAI uno. Dieser ist am Abend über die Adria hinweg zu empfangen. Diese Verbindung zur Aussenwelt hat viele der jungen Albaner veranlasst, Italienisch zu lernen. Gut die Hälfte der Albaner ist etwa zwanzig Jahre alt, das heisst, das Durchschnittsalter liegt bei 26 Jahren, und die Bevölkerung wächst jährlich um 2,1 Prozent.

Die albanische Führung will Reformen. Ingeheim wird also eingesehen und eingestanden, dass Wandel notwendig ist. Aber an den alten Dogmen soll nicht gerüttelt werden. Die Wirtschaft bedarf dringend der Modernisierung, wozu man Geld, Auslandskredite, brauchte. Aber verfassungsmässig ist jegliche Kreditaufnahme verboten. Albanien möchte neue Fabrikanlagen und Know-how aus dem Westen mit Naturalien und Fertigprodukten entgelten. Nichts wird in Tirana aber so sehr gefürchtet wie die «teuflische Taktik des Kapitalismus», nämlich der Kampf für Demokratie und Menschenrechte. Es dürfte aber nur noch eine Frage kurzer Zeit sein, bis auch Albanien von diesem Bazillus infiziert wird – mit und ohne Kredite aus dem Ausland.

BAU

Reaktionen
auf die Liberalismustagung vom 13. Januar 1990 in Bern

«Mein Unbehagen ist einer neuen Hoffnung gewichen»

Der «Freisinn» hat zahlreiche Reaktionen aus der ganzen Schweiz zur Liberalismustagung und grundsätzliche Überlegungen zum Begriff Liberalismus überhaupt erhalten. Allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Die Diskussion hat begonnen. Die Ideen, die an der Tagung geäußert wurden, werden von einer Arbeitsgruppe aufgenommen und zu einem liberalen Manifest verdichtet, das wiederum in breiten Kreisen der Partei diskutiert werden soll. Hier nun erste Stellungnahmen. Für weitere Beiträge ist der «Freisinn» immer offen.

Herausforderungen für die FDP

Die Tagung über Grundsatzfragen war für die FDP ein gelungener Startschuss in die neunziger Jahre. Umweltschutz und Aussen(Europa)politik wurden zu Recht als die zentralen Anliegen unserer Politik im nächsten Jahrzehnt dargestellt.

Zur schweizerischen Europapolitik können verschiedene Grundhaltungen eingenommen werden, von «splendid isolation» bis zum EG-Beitritt. Dabei dürften wohl alle diese Haltungen durchaus Vor- und Nachteile haben. Damit die zu führende Grundsatzdiskussion im Schweizervolk auf fundierten Grundlagen erfolgen kann, müssen Möglichkeiten und Konsequenzen der verschiedenen schweizerischen politischen Verhaltensweisen dem Volk umfassend bekanntgemacht werden. Eine herausfordernde Aufgabe für die FDP.

Von den etwa 2,5 Millionen Autos in der Schweiz sind wohl über eine Million Zweitwagen mit kleinen Reichweiten und wenig jährlichen Kilometerleistungen. Diese eignen sich problemlos für den Betrieb als (heute noch zu teure) Elektromobile. Die FDP könnte sich beispielsweise mit einem Projekt um den Umweltschutz verdient machen, welches das Ziel verfolgt, bis zum Jahr 2000 in der Schweiz eine Million Autos mit Benzinmotoren durch Elektromobile zu ersetzen.

Peter Frigo,
ehemaliger Präsident FDP Kt. Zug

Neuanfang des Liberalismus zum Teil geglückt

Als Teilnehmer der Liberalismustagung beglückwünsche ich die Verantwortlichen dafür, dass sie es gewagt haben, Grundsatzfragen des Liberalismus in aller Öffentlichkeit zu diskutieren. Dabei sind in der Vergangenheit gemachte Fehler aufgedeckt und dargelegt worden. Insbesondere ist auch festgestellt worden, dass der Wahlslogan vergangener Tage «mehr Freiheit, weniger Staat» gefährlich sein kann. Dieser nicht überdachte Wahlslogan führte denn auch zu Missverständnissen. Überall dort, wo an sich ein starker Staat gefragt war, gerieten die Freisinnigen in

eine Identitätskrise oder liessen sich vom politischen Gegner in eine solche hineinmanövrieren.

Mit dieser Tagung sollte ein Neuanfang des Liberalismus markiert werden. Dieses Ziel ist sicher nur zum Teil erfüllt worden. Es zeigte sich nämlich, dass gerade diejenigen Freisinnigen, die ein Nachdenken über den Liberalismus nötig hätten, der Tagung ferngeblieben sind.

Dr. Max Heinz, Thuisis

Neue Hoffnung

Mein Unbehagen ist einer neuen Hoffnung gewichen – so kann ich persönlich bezüglich der FDP Schweiz (FDP Zürich?) meine Eindrücke von der Liberalismustagung auf den Punkt bringen. Dazu hat neben den Referaten vom Vormittag besonders das Erlebnis der Gruppenarbeit am Nachmittag beigetragen, obwohl mich deren Umsetzung in den Bericht ans Plenum leicht enttäuschte (Folge methodischer Mängel). Wohlthuend empfand ich die Offenheit des Gesprächs, die ich gerne als Zeichen der Wiederaufnahme des Weges in eine offene Gesellschaft werten möchte. Nachdem die Partei seit den frühen siebziger Jahren immer mehr zu einer Gruppierung spezifischer Wirtschaftsinteressen verkommen ist, hat sich diese Entwicklung folgerichtig in den nun sattsam bekannten personen- und sachbedingten Krisen überschlagen.

Vielleicht ist es mehr als ein Zufall, dass der gegenwärtige Schiffbruch des realen Sozialismus in Osteuropa den Liberalismusverrat im realen Kapitalismus der Schweiz deutlicher zu erkennen hilft. Die Rückbesinnung der FDP auf die Grundwerte einer freiheitlichen, humanen und naturbewahrenden Gesellschaft und Wirtschaft wird nicht nur ihr, sondern letztlich der schweizerischen Eidgenossenschaft zugute kommen.

Notwendige Reformen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind neben dem Menschen- (und Gottes)bild an einem neuen Naturverständnis zu orientieren. Ein erster Schritt ist mit der Tagung getan worden, aber weitere Schritte müssen folgen. Die konkrete Chance einer solchen Erneuerung mit einer Totalrevision der Bundesverfassung wurde unter Führung der



Rund zweihundert Freisinnige suchten in Bern offen und vorurteilslos liberale Antworten auf neue Fragestellungen.

FDP leider vertan, heute muss indessen zuerst der Weg der Schweiz in das Europa von morgen gefunden werden.

Professor Hans Würzler, Pfäffikon ZH

Klare Zielsetzungen nötig

Wenn wir über die Politik von morgen reden, dann tun wir das unter dem Eindruck des gesellschaftlichen Umfeldes von heute. Gesellschaftliche Entwicklungen leiten sich aus dem vorherrschenden kulturellen Umfeld ab. In liberalen Kreisen wird ein derartiger Zusammenhang häufig übersehen.

Es widerspricht liberalem Denken, Entwicklungen apathisch entgegenzunehmen. Der Liberalismus der neunziger Jahre sollte klar umrissene Ziele setzen. Und diese Ziele sollten auch tatsächlich durchgesetzt werden. Und wenn wir das gesellschaftliche Umfeld der neunziger Jahre prägen wollen, dann müssen wir heute für den Bereich Kultur eindeutige und klare Zielsetzungen erarbeiten und über Massnahmen nachdenken, wie wir diese Ziele erreichen wollen.

In der Arbeitsgruppe «Freizeit, Konsum- und Versorgungsgesellschaft» haben wir über diesen Punkt gesprochen. Wir haben insbesondere die irrije Meinung widerlegt, Kultur sei etwas für Leute, die zu viel Freizeit haben und die nicht wissen, was sie damit anfangen sollen.

Im Rahmen der Diskussion über die Freizeit im heutigen gesellschaftlichen Umfeld wurde auch der Trend besprochen, dass die Bereitschaft abnimmt, Verantwortung zu übernehmen – dies vor allem in Fällen, in denen sich kein direkter persönlicher Nutzen ableiten lässt. Ich für mich habe Mühe, mir einen Liberalismus für die neunziger Jahre vorzustellen, der nicht eindeutige und klare Ziele setzt, Ziele für die genannten Bereiche Kultur und Verantwortung.

Friedrich Senn, Muttenz

Mehr über die Liberalismustagung auf den Seiten 4 und 5.

Reaktionen aus der Presse

«Die FDP-Veranstaltung hätte vor dem Hintergrund der Freiheitsbewegungen in Osteuropa nicht aktueller sein können. Wenn Menschen nach Selbstbestimmung und Chancengleichheit, Volkssouveränität, Rechtsstaat und Pluralismus rufen, sind das Elemente des Liberalismus.»

«Gerade an den beiden Polen Wirtschaftsliberalismus und Gesellschaftsliberalismus werden Defizite des Freisinnes immer wieder sichtbar. ... So geschieht es dann eben, dass liberale Ideen mit mehr Chancen plötzlich in Parteien mit einem anderen Hintergrund auftauchen.»

«Sonntagszeitung»

«Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) will ihre Arbeit philosophisch und ethisch besser abstützen und nicht mehr nur immer Nein sagen, sondern aus dem Liberalismus wieder Positives ableiten. Zu diesem Zweck veranstaltete sie in Bern eine Liberalismustagung.»

«Freilich hat die FDP allen Anlass, ihr theoretisches Fundament zu überdenken. Sie schneidet in Wahlen und Umfragen zurzeit nicht gut ab. Ihre Glaubwürdigkeit ist angekratzt. ... Dass die Liberalismustagung mehr war als Show und Public Relations, zeigte sich an der Ernsthaftigkeit und am Niveau, mit dem diese Debatte geführt wurde. Es ist den Freisinnigen offensichtlich ein Anliegen, sich wieder darüber klar zu werden, worin ihr Liberalismus eigentlich besteht.»

«Tages-Anzeiger»

«Was an der Liberalismustagung in fünf Referaten und im Schosse von sechs Arbeitsgruppen an Selbstkritik und Bedenkenswertem, an Originellem und an Visionen geäußert und vorgetragen wurde, entzieht sich bei wei-

tem den Möglichkeiten der Berichterstattung. Es war eine ehrliche Suche nach Rezepten, die nicht nur zum Erfolg der FDP, sondern auch zum Wohlergehen der Gesellschaft und des Staates beitragen könnten.»

«Den 200 Freisinnigen, die am Wochenende einen sonnigen Wintertag opferten, um offen und vorurteilslos darüber zu diskutieren, was die Partei zum Wohlergehen des Staates beitragen könnte, kann man bestimmt nicht mangelnden Gemeinsinn vorwerfen. Es darf aber angenommen werden, dass diejenigen FDP-Mitglieder, die in Geschäft und Politik Egoismus statt Mitverantwortung praktizieren, dieser Liberalismustagung ferngeblieben sind.»

«Der Bund»

«Allein schon die thematische Aufgliederung der Problemkreise an der Berner Liberalismustagung belegt, dass sich die FDP jetzt auf die Suche nach neuen Antworten auf neue Fragestellungen gemacht hat, und zwar nicht allein beim Ökoliberalismus, der ja schon seit einiger Zeit zum Haupttraktandum liberaler Vordenker in der FDP geworden ist.»

«Die Diskussion hat erst begonnen, und es gilt vorerst, sie in möglichst breite Kreise der mit 150 000 Mitgliedern grössten Volkspartei unseres Landes einzutragen, wenn die Suche nach Antworten für die neunziger Jahre erfolgreich sein soll.»

«Die neue Garde freisinniger Politikerinnen und Politiker, die mit der Programmarbeit für die neunziger Jahre begonnen hat, scheut sich nicht mehr, dafür ein Wort zu gebrauchen, das im realsozialistischen und sozialdemokratischen Zeitalter die ideologische Erbpacht der Linken zu sein schien: Solidarität.»

«Neue Zürcher Zeitung»



In den Gruppen wurde engagiert und gehaltvoll diskutiert.



Entre-acte: Tagungsleiter Ständerat René Rhinow (BL) schaut in die (liberale) Zukunft, Staatssekretär Franz Blankart und FDP-Parteipräsident Franz Steinegger im offensichtlich tief sinnigen Gespräch (von links). Fotos ruti

Liberalismus erheischt Engagement

Freiheit, Verantwortung und Solidarität sind zentrale Grundsätze liberalen Denkens und Handelns. Diese verlangen eine freiheitliche Staats- und Wirtschaftsordnung und eine möglichst selbstverantwortliche Gestaltung der meisten Lebensbereiche. In diesem Umfeld findet jeder Mensch ein hohes Mass an persönlicher Freiheit; die Grenze markiert dabei der ebenbürtige Freiheitsanspruch des Mitmenschen.

Diese Begriffe bilden, gepaart mit Offenheit und Toleranz, eine ausgezeichnete Basis zur Behandlung aktueller Sachfragen. In der Gesetzgebung sind Deregulierungsvorhaben zu fördern. Der Mut, vermehrt Dinge aus der Verantwortung des Staates zu entlassen, fehlt heute noch weitgehend.

Liberalismus erheischt Engagement, Stellungnahme und verantwortliches Handeln. Abseitsstehen und Gleichgültigkeit sind verpönt, denn liberal darf nie «scheissliberal» bedeuten, wie dies Ralf Dahrendorf einmal formuliert hat.

Markus Beer
Fürsprecher, Ittigen

Wir sind aufeinander angewiesen

In letzter Zeit dreht sich in Osteuropa alles um einen Begriff: Freiheit! Gerade im Hinblick auf die stürmische Entwicklung im Osten sollten wir Schweizer uns folgende Frage stellen: Wieviel ist uns unsere Freiheit wert? Wissen wir überhaupt noch, was das ist?

Wer unser Bundeshaus näher kennt, der weiss, dass für diesen schönen Bau Materialien aus der ganzen Schweiz zusammengetragen und zu einer harmonischen Einheit zusammengefügt wurden. Nun gibt es aber neben dem Sichtbaren noch ein unsichtbares, geisti-

ges Bundeshaus. Wie sieht dieses aus?

Da ist die Bausubstanz noch wesentlich vielfältiger, doch hier haben wir es nicht mit toten Ziegelsteinen, Holzbalken und Sandsteinquadern zu tun, sondern mit lebendigen Bauteilen, nämlich mit uns stimmfähigen Bürgern.

Vor allem durch zwei Wohlstandssäuren, den Egoismus und die Gleichgültigkeit, ist der verbindende Mörtel schon stark zerfressen worden: Viele Steine sind herausgefallen und liegen zerstreut am Boden herum. An gewissen Orten muss man schon über ganze umgestürzte «autonome» Mauerpartien klettern.

Durch die dadurch entstandenen Senkungsvorgänge hat natürlich auch schon das Dach gelitten, so dass Extremismus-Wasser ins Innere des Hauses eindringen kann. Die dadurch entstehenden ständigen Feuchtzonen sind ideale Brutplätze für rote und braune Hausschwämme, die, sollten sie einmal die 246 Hauptbalken und die sieben riesigen hölzernen Säulen mit ihrer stark fäulnisregenden Wirkung erreichen, das ganze Schweizerhaus aufs höchste gefährden können. Durch zerbrochene Fenster dringt schon der kalte Wind der Intoleranz, der Polarisierung und der Verhärtung, darum «frieren» auch immer mehr Menschen bei uns.

Grosse Sorgen bereitet mir ein grosser, etwa ein Jahr alter Brandstutthau, der immer noch von einzelnen Glutnestern durchzogen ist. Da haben nun gewisse Kreise ihren Spass daran gefunden, immer wieder so in diesem Haufen herumzustochern, dass möglichst dichter Qualm aus Sensationslust, Nachtragerei und Unversöhnlichkeit das ganze Haus durchzieht und uns unnötig reizt.

Diese Beschreibung kann uns zeigen, wie sehr wir aufeinander

angewiesen sind. Wollen wir unsere Freiheit erhalten, muss jeder von uns lernen, Verantwortung zu tragen und so zu leben, dass er nicht zum Ärgernis wird.

Bruno Stegmann
Strassenkehrer Interlaken

Mehr Freisinn in Selbstbeschränkung und Mitmenschlichkeit

Dass in der FDP nach all den von ihr in den letzten Jahren eingefangenen Politschlappen die echten Werte unserer freisinnig-liberalen Grundsätze neu überdacht und dann auch mutig in die Tat umgesetzt werden müssen, wünsche ich mir in den letzten Jahren eingefangenen Politschlappen die echten Werte unserer freisinnig-liberalen Grundsätze neu überdacht und dann auch mutig in die Tat umgesetzt werden müssen, wünsche ich mir in tiefer Sorge um das Weitergelingen unserer Partei schon seit Jahren. Mich bedrückt nämlich schon lange die nach meinem Empfinden negative Gesinnungsentwicklung in gewissen FDP-Kreisen nach noch mehr «Selbstentfaltungseignutz» auf Kosten der Rücksichtnahme gegenüber ihren Mitmenschen. Dies sehe ich vor allem als Folge einer übertriebenen Wachstums- und Wohlstandseuphorie in unserer Konsum-, Wegwerf- und teilweise auch Scheinleistungsgesellschaft.

Den hochstehenden Grundsätzen des modernen Liberalismus, wie sie u. a. in den «Rigi-Thesen» zum Ausdruck kommen und denen ich voll zustimme und nachzuleben versuche, wird leider vielfach nur im Umfange der eigenen und allenfalls auch noch der interessen-gruppenbezogenen Bedürfnisbefriedigung und Wunscherfüllung nachgelebt. Die in den Toleranz- und Solidaritätsthesen verlangte Rücksichtnahme auf den Mitmenschen und die Gemeinschaft wird dabei nach meinen Beobachtungen oft «grosszügig» übergangen. So werden in der realen Tagespolitik auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene vielfach nur die eigenen Interessen durch «Ego-Lobbies» unserer FDP – zugegeben auch der übrigen Parteien – durchgeboxt, öfters unter Verwässerung vorausgegangener Volksentscheide.

Daher drängt sich für die FDP immer mehr eine verstärkte Rückbesinnung auf die moralisch-ethischen Grundwerte unseres freisinnigen Liberalismus und deren ehrlich-mutige Umsetzung in politische Taten auf, dies im Geiste eines Freisinns nicht nur in Selbstverwirklichung und Selbstverantwortung, sondern auch in Selbstbeschränkung und Mitmenschlichkeit als einzige wirklich demokratische Alternative zur unmenschlichen Fremdbeschränkung durch den sozialistischen Staatsdirigismus. Aus der kürzlich durchgeführten Liberalismustagung in Bern habe ich denn auch neue Hoffnung auf das Wiedererwachen eines echtliberalen Schweizer Freisinns geschöpft!

Jörg Schawalder, St. Gallen

Sicherheit und Freiheit schliessen einander aus

Während meiner mehr als 40jährigen therapeutisch- und forensisch-psychiatrischen Tätigkeit bin ich immer wieder mit dem Problem der inneren und äusseren Freiheit des Individuums konfrontiert worden und habe im Laufe der Zeit einige diesbezügliche Vorstellungen gewonnen. Hier einige mir wesentlich erscheinende Gedanken bezüglich der äusseren Freiheit:

Nur in einem liberalen Gesellschaftssystem kann sich das Individuum anlagegemäss entfalten und verwirklichen. Dies gilt grundsätzlich für alle Gesellschaften und ergibt sich aus der erkennbaren Wesensstruktur des Menschen. Der Liberalismus erscheint als die einzige, dem Menschen angepasste Gesellschaftsstruktur, welche die unabdingbare Autonomie des Individuums gewährleistet. Dessen Freiheit erscheint deshalb als der höchste Wert.

Kreativität und geistige Entfaltung bedürfen der Freiheit. Dem Individuum kommt der Vorrang vor der Gesellschaft zu, weil die Schöpfung nicht egalitär ist. Sie verteilt ihre Gaben willkürlich und erscheint deshalb dem Menschen ungerecht. Dies ist jedoch systemimmanent und daher unabänderlich. Umverteilt können nur materielle Werte, jedoch nicht die Fähigkeiten und Begabungen werden. Daher gestehen alle Gesellschaften, auch die auf Rechtsgleichheit bedachten, den Fähigkeiten grössere Freiräume zu, weil sie diesen ihre geistige und materielle Entwicklung verdanken.

Heute erscheint der Liberalismus bedroht: Durch den Morgenluft witternden Sozialismus und die grüne Ideologie. Durch die angeblich durch Sachzwänge bedingte, auch im demokratischen Staate ständig zunehmende Reglementierung aller Lebensbereiche. Durch die zunehmende Aversion gegen Fortschritte in Wissenschaft und Technologie. Diesen wird die angeblich drohende Apokalypse angelastet, womit der Bürger verängstigt wird. Durch ein wirklichkeitsfremdes Sicherheitsdenken, das die Elimination aller anthropogenen Risiken verlangt.

Dies ist jedoch nur in völlig determinierten, zwangsläufig ablaufenden Systemen möglich. Auf die menschliche Gesellschaft übertragen, heisst dies: Sicherheit und Freiheit schliessen einander aus. Die äussere Sicherheit hat heute den Vorrang vor der Freiheit und der Selbstverantwortung, weil der moderne Mensch die innere Sicherheit, welche aus der Transzendenz stammt und die wirklich frei macht, verloren hat.

Dr. Hans Baer, Küsnacht

Lese-Tips

Ein ehemaliger Nationalrat blendet zurück

Unter dem Titel «Was die Rückblende noch zeigt» hat der ehemalige Nationalrat und Industrielle Dr. Rolf Th. Bühler, Uzwil, ein Büchlein verfasst. Es schildert in knappen Worten seinen Lebenslauf. Das Schwergewicht liegt auf seiner öffentlichen Tätigkeit.

Das Leben des heute 86jährigen Rolf Bühler ist ein Abbild der ständigen Umwälzungen, die Europa in diesem Jahrhundert erschütterten. Bühler erlebte den Ersten Weltkrieg, dann den Aufbau eines «neuen Europas», das jedoch in der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre und im Zweiten Weltkrieg untergeht. Nach 1945 entstand wiederum ein «neues Europa». Ein gewaltiger Wirtschaftsaufschwung mit dem Zusammenwachsen der Märkte zu einem Weltmarkt setzte ein, an dem die Bühler AG aktiv teilnimmt. Heute steht unser Kontinent durch die Turbulenzen in Osteuropa und das Entstehen des Europäischen Wirtschaftsraums erneut vor grossen Umwälzungen.

Als politisch Interessierter tritt Rolf Bühler der Jungliberalen Bewegung bei. Er gründet in Uzwil eine Jungliberale Gruppe, der andere im Bezirk folgen. Dann wird er Präsident der freisinnigen Partei in Uzwil, darauf des Bezirks Untertoggenburg. Im Frühling 1939 erfolgt seine Wahl in den Grossen Rat des Kantons St. Gallen. Im August 1939 muss sich Rolf Bühler unvermittelt für die in personellem Engpass stehenden Jungliberalen für die Nationalratsliste aufstellen lassen. Er wird – zu seinem eigenen Erstaunen – erster Ersatzkandidat. Als dann in der Dezember-Session 1940 der eidgenössischen Räte Nationalrat Karl Kobelt zum Nachfolger von Rudolf Minger gewählt wird, rückt Rolf Bühler nach. Bis 1947 ist er Mitglied des Nationalrats.

Als politisch denkender Mensch nimmt Rolf Bühler am Ende des Büchleins zu verschiedenen Zeitfragen Stellung. So bedauert er die überwältigende Ablehnung des Beitritts der Schweiz zur Uno, während er einem Beitritt zur EG ablehnend gegenübersteht. Während fünfzehn Jahren war es Rolf Bühler vergönnt, in der internationalen und der nationalen Politik und der multinationalen Wirtschaft und Forschung als Mitstreiter und Zuschauer den Pulsschlag der modernen Welt zu verfolgen. Mit Genugtuung stellt er fest, dass sich die Effizienz des Freihandels bestätigt habe. Dank ihm konnten Volkseinkommen und -vermögen zum Wohle alle wachsen.

Das Büchlein von Dr. Th. Bühler «Was die Rückblende noch zeigt», mit einem Geleitwort von Raymond Probst, alt Staatssekretär im EDA, kann bei der Buchdruckerei Flawil AG, Postfach 9230 Flawil, bezogen werden.

Johannes Rutz

Liberalismustagung

Bitte senden Sie mir folgende Referate und Hintergrundartikel:

- Einleitung von SR Prof. Dr. R. Rhinow: Liberale Fragestellungen
- Prof. Dr. H. Lübke: Die Zukunft der Freiheit in der Industriegesellschaft
- Prof. Dr. R. L. Frey: Liberale Lösungen für ökologische und ökonomische Herausforderungen
- a. Regierungsrat C. Generali: Der Liberale und sein Staat
- A. Petitpierre: Liberale Lösungen der ökologischen Herausforderungen
- Dr. Prof. Dr. R. Rhinow: Ökoliberalismus als Herausforderung
- Dr. E. Basler: Liberalismus und technischer Fortschritt. Die Idee der Freiheit und die Grenzen der Machbarkeit

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Datum _____ Unterschrift _____

Talon einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Natürlich von La Paz.



Die unkomplizierten Cigarillos für jede Tageszeit. La Paz Palitos. Ideal für Umsteiger, die sich nach dem besseren Geschmack sehnen. Aus naturreinen Qualitätstabaken mit dem Charakter der typischen La Paz-Mélangé. Doppelt umhüllt mit einem erstklassigen Java-Deckblatt. Und darum mild und aromatisch vom ersten bis zum letzten Zug.

Lebendige Naturprodukte eben. So, wie das Siegel zeigt. Für alle, die das Unverfälschte und Ehrliche mögen.

La Paz Palitos: Einfach gut.

Cigarros Autenticos.

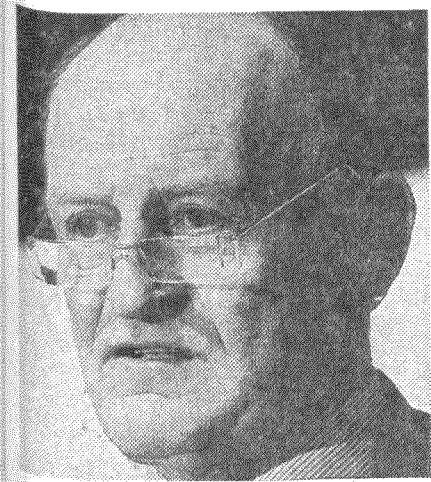
Auszug aus den Referaten der Liberalismustagung

Startschuss in die neunziger Jahre

Vier Referate führten am Morgen der Liberalismustagung die Tagungsteilnehmer in verschiedene liberale Fragestellungen ein. Dass sie ihren Zweck erfüllt hatten, zeigten dann die Diskussionen am Nachmittag in den Arbeitsgruppen, in denen oft Bezug auf bestimmte Aussagen genommen wurde. Der «Freisinn» veröffentlicht pointierte Aussagen aus diesen Referaten, die zusammen mit weiteren grundsätzlichen Artikeln zum Thema auch bestellt werden können (siehe Talon Seite 4).

Die Zukunft der Freiheit in der modernen Industriegesellschaft

Es gehört zu den weniger schönen Aspekten unseres Themas, dass die Menge der Zeitgenossen erheblich angewachsen ist, die sich zu unseren industriegesellschaftlichen Lebensvoraussetzungen in emotio-



nale Distanz begeben. Im randgruppenkulturellen Extremfall bedeutet das Wissenschafts- und Technikfeindschaft. Das fragliche Phänomen ist in allen Ländern zu beobachten, die einerseits hochentwickelt und andererseits politisch liberal verfasst sind.

Selbstverständlich ist «Wissenschafts- und Technikfeindschaft» eine extreme Kennzeichnung, die einzig auf randgruppenkulturelle Erscheinungen passen will. Indessen gehen davon Wirkungen aus, die längst für uns alle unübersehbar geworden sind, ja uns bis in unsere private Lebensverbringung hinein betreffen.

Während die äusseren, nämlich nationalen Grenzen für Personen und Waren in Europa immer durchlässiger werden, nimmt im Industriekomplex die Zahl der Bezirke zu, die durch unüberwindbare Sicherungsanlagen sich vom übrigen gesellschaftlichen Leben ausgrenzen. Es scheint evident zu sein: Wir befinden uns auch insoweit in einer ganz neuen Lage.

Ich halte diese Lage grundsätzlich für irreversibel. Unumkehrbar, so will mir scheinen, ist der Vorgang der emotionalen Selbstdistanzierung unserer Zivilisation von ihren industriegesellschaftlichen Lebensgrundlagen. Einige der Gründe, die diese Vermutung zu stützen geeignet sind, könnte inzwischen jedes aufgeweckte Fernsehkind nennen – die ökologischen Folgeprobleme technisch instrumentierten Handelns zumal. Ich beschränke mich hier darauf, einen einzigen zusätzlichen Grund stattfindenden Einstellungswandels an-

zuführen. Ich erwähnte «Erfahrungsverluste».

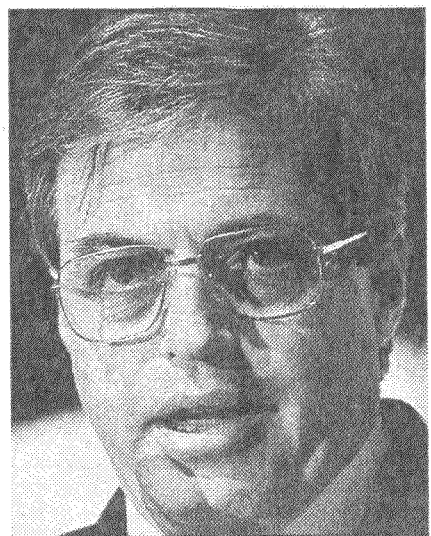
Zu den wichtigsten Inhalten des Wertewandels gehört alles, was sich als Formen kultureller Nutzung der historisch beispiellosen Freiheiten interpretieren lässt, die uns über die moderne Industriegesellschaft zugewachsen sind. «Freiheit» – dieses Wort ist dabei ganz unemphatisch gebraucht, nämlich als jene Dispositionsfreiheit, die sich krude in Zeit und Geld ausdrücken lässt.

Aus Freiheit Sinn zu generieren – das ist die Herausforderung, unter die wir industriegesellschaftsabhängig geraten sind. «Selbstverwirklichung» als strahlender Stern am neuen Wertehimmel ist daher auch kein Indiz für kulturelle und moralische Dekadenzen, das uns kulturkonservativ besorgt zu machen hätte. Es ist vielmehr das Indiz einer überwiegend sehr geschätzten Freiheit zu selbstbestimmter Lebensführung, in die wir, durch Wohlfahrt von zahllosen Alltagsnöten entlastet, industriegesellschaftsabhängig, geraten sind.

Professor Dr. Hermann Lübbe, Zürich

Der Liberale und sein Staat

Ich beschränke mich auf einen zentralen Themenkreis der liberalen Analyse, ein Thema, welches fast alle Bereiche des Verhältnisses zwischen dem Bürger und seinem Staat abdeckt: Die Frage nach dem



Ausmass der «Staatsquote», des öffentlichen Bereiches also, aus moderner, liberaler Sicht.

Ich glaube, dass ich hier ein Thema von brennender Aktualität berühre: Ausgerechnet in diesen entscheidenden Monaten, in der die nationale Währungs- und Geldpolitik mit drastischen Mitteln eine starke Inflation bekämpfen muss, macht sich überall ein massloses Ansteigen der öffentlichen Budgets (eidgenössisch, kantonale und kommunale) bemerkbar. Und dies in einem Augenblick, in dem gemäss mehrfach bestätigter Wirtschaftsdoktrin genau die umgekehrte Politik angewendet werden müsste. Ich zweifle kaum daran, dass nach zwei oder drei Jahren der Staatshaushalt im Verhältnis zum Sozialprodukt stark zugenommen haben wird.

Der Liberalismus ist im Verlaufe seiner Geschichte eine ganze Reihe von Kompromissen eingegangen, und es ist diesen Kompromissen zu verdanken, dass sich die moderne

Zivilisation derart entwickeln konnte.

● Ein erster historischer Kompromiss, derjenige zwischen den traditionellen Privilegien der Besitzer und der organisierten Arbeitswelt, stand am Ausgangspunkt der Demokratie.

● Der Sozialstaat war das Resultat eines zweiten, grossen historischen Kompromisses; diesmal war es ein Kompromiss zwischen der Arbeiterbewegung und dem fortgeschrittenen Kapitalismus.

● Persönlich scheint es mir heute nötig, einen neuen Kompromiss auszudenken.

Da es nicht möglich ist, einen Minimalstaat konsequent durchzu-

setzen, ist es nötig, dass innerhalb unserer Partei die politische Forschung entwickelt wird, um die Grenzen der Ausdehnung der öffentlichen Hand in unserem Land zu definieren.

Der moderne Liberale hat einen Staat, mit dem er sich verbunden fühlt. Einen Staat, in dem die öffentlichen Aufgaben so begrenzt sind, dass sich der Einzelne nicht unwohl fühlt. Die unzerstörbare Kraft des liberalen Denkens geht von der philosophischen Vorstellung aus, die zur Geburt der modernen Welt beigetragen hat: die individualistische Konzeption der Gesellschaft und der Geschichte.

Claudio Generali
ehemaliger Regierungsrat, Gentilino TI

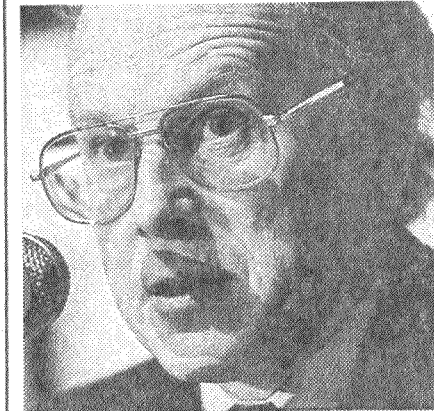
Liberale Lösungen für ökologische und ökonomische Herausforderungen

These 1: Ausgangspunkt unserer Überlegungen war die Erwartung, dass die Verbesserung der Umweltqualität und die Einordnung der Schweiz in die EG bzw. die europäische Staatengemeinschaft die zwei grossen Herausforderungen der neunziger Jahre darstellen dürften. Das Problem ist, dass diese beiden Anliegen eine völlig andere Ausrichtung unserer Politik bedingen: Umweltschutz versus EG-Dynamik.

These 2: Neuen und veränderten Problemen gegenüber kann man grundsätzlich drei Haltungen einnehmen: 1. Negierung und Verdrängung des Problems; 2. Förderung neuer Verhaltensweise und Hoffen auf einen «neuen Menschen»; 3. Übertragung von Lösungen, die sich anderswo bewährt haben, auf die neuen Probleme. Nur die dritte Haltung führt zum Erfolg.

These 3: Der Liberalismus bietet eine Fülle von erprobten Lösungen an, die sich auch zur Bewältigung der beiden Hauptherausforderungen der neunziger Jahre eignen. Von den osteuropäischen Ländern erwarten wir in ihren Reformen eine Hinwendung zu Liberalismus und Marktwirtschaft. Doch auch bei uns liessen sich gewisse Probleme leichter lösen, wenn vermehrt auf liberal-marktwirtschaftliche statt sozial-planwirtschaftliche Ansätze zurückgegriffen würde.

These 4: Insbesondere im Umweltschutz liessen sich durch vermehrten Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente weitere Fortschritte realisieren. Diese finden zum Teil bereits Anwendung, zum Teil stehen sie in neuen Umweltschutzgesetzen zur Diskussion, zum Teil müssen sie für die



Schweiz noch konkretisiert werden. Wünschbar wäre daher ein Programm «Ökoliberalismus».

These 5: Welchen Weg die Schweiz gegenüber der Europäischen Gemeinschaft auch immer einschlagen wird, unsere Volkswirtschaft wird einem erhöhten internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit braucht es vor allem zweierlei: Abbau von Kartellen von Wettbewerbshemmnissen in der Binnenwirtschaft und Senkung der gesamtwirtschaftlichen Kosten der verschiedenen staatlichen Politikbereiche. Dazu könnte auch eine stärker liberale und marktwirtschaftliche Ausrichtung der Umweltpolitik einen Beitrag leisten.

These 6: Es ist reichlich paradox, dass die FDP als Partei, die sonst für Liberalismus und Marktwirtschaft eintritt, das Umweltproblem nicht von dieser Seite her angeht, dass die FDP vielmehr Parteien und Gruppierungen – solchen, die historisch gesehen der Marktwirtschaft nicht sonderlich hold sind und sich sonst ideologisch planwirtschaftlichen Ansätzen eher verbunden fühlen – diese politische Marktlücke überlassen hat.

Professor Dr. René L. Frey, Basel

Ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP in Bern

Parolenfassung

Gleich vier verkehrspolitische Initiativen und zwei Vorlagen, gegen die das Referendum ergriffen wurde, stehen am 1. April 1990 (ohne Scherz!) zur Abstimmung an und bescheren damit den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ein reichbefrachtetes politisches Wochenende. Die FDP der Schweiz informiert an ihrer nächsten ausserordentlichen Delegiertenversammlung über die Vorlagen und fasst die Parolen.

Samstag, 17. Februar 1990, Casino Bern (Tram 3 oder 5 bis Casinoplatz)

Programm
10.00 Begrüssungskaffee
10.30 Eröffnung der Versammlung durch Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger

Eidgenössische Abstimmungsvorlagen vom 1. 4. 90

- Podiumsdiskussion zu den Volksinitiativen
«Stopp dem Beton – für eine Begrenzung des Strassenbaus»
«für eine autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon»
«für ein autobahnfreies Knopauer Amt»
«für eine autobahnfreie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil»

An der Podiumsdiskussion nehmen Vertreter der Initiativkomitees «Stopp dem Beton» und «Kleeblatt» teil. Als Gegner treten Ständerat Bruno Hunziker (AG) und Nationalrat Philippe Pidoux (VD) auf. Das Gespräch wird durch einen Journalisten geleitet.

- Diskussion und Beschlussfassung über die Parolenanträge
- Bundesbeschluss über den Rebbau (Referendum)
Stellungnahmen pro und contra, anschliessend Diskussion und Beschlussfassung über den Parolenantrag
- Änderung des Bundesgesetzes über die Bundesrechtspflege (Referendum)
Orientierung durch Nationalrat Gilles Petitpierre, anschliessend Diskussion und Beschlussfassung über den Parolenantrag

12.45 Schlusswort des Parteipräsidenten
Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung sind alle interessierten Parteimitglieder eingeladen.

Der/die Unterzeichnete
 nimmt an der a. o. Delegiertenversammlung vom 17. Februar 1990 teil.

Vorname/Name: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____
Datum: _____ Unterschrift: _____

Talon senden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Charakteristiken der ökologischen Herausforderungen



● Ausser der Tatsache, dass die heutige Benützung der Ressourcen durch die westlichen, liberal beeinflussten Gesellschaften diese in einem solchen Masse beanspruchen, dass es ausgeschlossen ist, die gleiche Benützung auf den Rest der Welt auszudehnen, kann eine Benützung – selbst eine reduzierte – zukünftigen Generationen auf keinen Fall zugesichert werden. Die Mechanismen der freien Wahl betreffen nur einen Teil der existierenden Individuen.

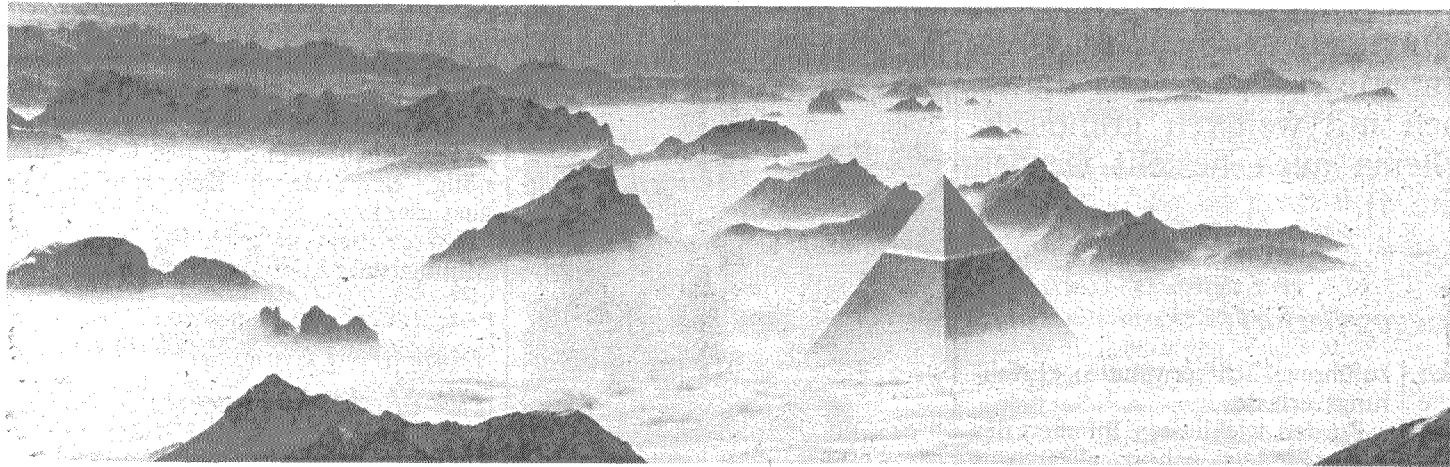
● Die Wahrnehmung der ökologischen Probleme enthält eine Infragestellung von gewissen Verhaltensweisen und kulturellen Schemata, die so tief in der modernen intellektuellen Analyse verankert sind, dass sie selbst die rationale wirtschaftliche Analyse beeinflussen. Dies ist einerseits der Glaube an die Möglichkeit der totalen Beherrschung der Natur durch den menschlichen Geist, andererseits die Überzeugung, dass die Natur im Dienste des Menschen steht, und schliesslich der Glaube an den rationalen Charakter des menschlichen Geistes im allgemeinen und des wirtschaftlichen Geistes im speziellen.

Anne Petitpierre, avocate, Genève

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Spross
Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt
Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

SKA-Anlage-Service  plus[®]



Ü b e r b l i c k . Mit dem SKA-Anlage-Service plus.

Als privater oder institutioneller Anleger können Sie vom «SKA-Anlage-Service plus» Mehrleistungen erwarten: mehr persönliche Beratung, mehr Engagement, mehr internationale Präsenz und MEHR ÜBERBLICK DANK BESSERER INFORMATION. Dieses Plus an Leistung zeichnen wir mit der Pyramide aus, dem Symbol für das Streben nach Höherem, für Stabilität, Sicherheit und Wissen.

Mehr Überblick verschaffen wir Ihnen z.B. dank unseren weltweiten direkten Verbindungen zu allen wichtigen Finanzplätzen – zu den Spezialisten an allen Börsen im In- und Ausland sowie zu den renommierten Gruppen und Partnergesellschaften der SKA.

Mehr Überblick verschafft Ihnen aber auch unser dynamisches Management, unsere aufs modernste ausgebaute elektronische

Infrastruktur, z.B. mit dem computergesteuerten Anlage-Informationssystem (AIS), und selbstverständlich auch Ihr persönlicher SKA-Anlage-Berater.

Sie treffen Ihre Entscheidung auf der Basis von fundierten und umfassenden Informationen. Damit Sie den Überblick behalten.



- Möchten Sie im Herzen der FDP arbeiten?
- An einem zentralen Arbeitsort in Bern?
- Lieben Sie eine interessante Tätigkeit?
- Eine angenehme Atmosphäre in einem kleinen Team?
- Persönliche Kontakte mit gesellschaftlich und politisch aktiven Menschen?

Dann kommen Sie zu uns! – Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz sucht auf 1. März 1990 oder nach Absprache eine

Sekretärin

auf ihrem Generalsekretariat in Bern. Wenn Sie über eine KV- oder gleichwertige Ausbildung und über Französischkenntnisse verfügen, dann melden Sie sich bitte bei:

Christian Kauter, Generalsekretär FDP, Bahnhofplatz 10, 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38.

An alle

Parteipräsidenten

Mitglieder- und Sponsorenwerbung, Mailings, Mitgliederverwaltung nach beliebig vielen Kriterien, Adressen auf Disketten pro Kanton, Bezirk oder Gemeinde, Übernahme bisheriger Adressen, etc.

Das sind nur wenige Stichworte des schweizerischen ALWEAG Parteienprogramms, das seine Bewährungsproben auf Gemeinde-, Bezirk-, Kantons- und Bundesebene bestanden hat. Interessiert? Prüfwert? Senden Sie unverbindlich und kostenlos nähere Informationen an:

Vorname..... Name

c/o

Strasse Postfach.....

PLZ Ort

ALWEAG Postfach 168 4717 Mümliswil (SO) Tel 062 71 31 39



SEMPERIT Gummitechnik

Als führender europäischer Produzent sind wir auf innovative Gummiprodukte spezialisiert:
Gummidichtungsprofile und Gummiformartikel
Gummipress- und Dichtungsplatten
Produkte für die Eisenbahn, Seilbahn- und Verkehrstechnik
Verschleisschutzprodukte
Spezialschläuche für chemische und abrasive Medien
HD-Hydraulikschläuche mit Stahleinlagen
Operations-, Untersuchungs- und Arbeitshandschuhe

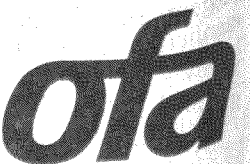
Unsere Beratung ist **direkt, sachlich und kompetent!**

Qualitätssicherung nach internationalen Normen!

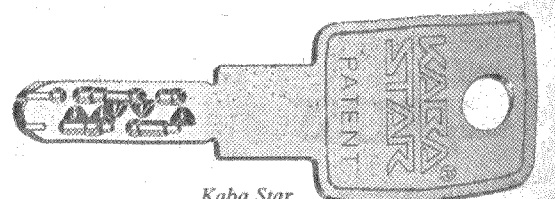
Semperit Technische Produkte AG

CH-8953 Dietikon/ZH, Lerzenstrasse 19
 Postfach 268, Tel. 01/740 29 39, Fax 01/740 31 51

Damit Ihre Zeitungswerbung ankommt.



MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Star.
 Das universelle Schliesssystem.
 Von Bauer Kaba.



FDP-Parlamentarier in Osteuropa

Ihre persönlichen Eindrücke aus Osteuropa vermittelten die beiden freisinnigen Nationalräte Richard Reich (ZH, links im Bild) und Ernst Mühleemann (TG, rechts; in der Mitte FDP-Generalsekretär Christian Kauter) in einem Pressegespräch in Bern. Richard Reich hatte an Weihnachten die Tschechoslowakei und die DDR besucht, Ernst Mühleemann war soeben aus Ungarn und Rumänien zurückgekehrt. Beide betonten, dass diese und andere Länder des Ostblocks moralische Unterstützung, wirtschaftliche und ökologische Hilfe brauchen. Reich wies aber auf das Problem hin, dass die neuen Strukturen noch nicht geschaffen sind, langfristige Hilfe aber solider politischer und rechtlicher Grundlagen bedarf. Für Rumänien erachtet Mühleemann eine verstärkte Soforthilfe als unerlässlich. (Photo ruti)

Herausforderungen freisinniger Politik

Zurück zur Basis

Starke, gesellschaftlich gut verankerte und gesamtheitlich politisierende Kräfte und Parteien sind für die schweizerische Willensnation unabdingbar. Im eigenen, aber auch im übergeordneten Interesse kommen deshalb gerade die Traditions- und Regierungsparteien unseres Landes nicht um Antworten auf neue Herausforderungen herum. FDP-Nationalrat Dr. Peter Spälti (ZH) analysiert.

Zu diesen Herausforderungen gehören etwa die Indifferenz weiter Bevölkerungsteile gegenüber dem öffentlichen Leben schlechthin, das sich immer mehr abzeichnende Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen, der vollständige Rückzug von immer mehr Bürgern ins Private, aber auch die fortschreitende Individualisierung des Wähler- und Abstimmungsverhaltens, ausgerichtet nach den jeweils gerade aktuellen Stimmungslagen und Streitfragen.

Politischer Markt wird offener

Alles spricht dafür, dass der politische Markt zunehmend offener wird, dass das Segment der «sicheren Stammwähler» – «das Standbein» der Traditionsparteien – allmählich abnimmt, jenes der Wechsel- und Betroffenheits-, Misstrauens-, Widerstands- und Resignationswähler hingegen an Bedeutung gewinnt. Das hat zur Folge, dass Wahl- und Abstimmungserfolge in Zukunft viel härter zu erarbeiten sind – durch gezieltere und glaubwürdige Bemühungen auch um die parteiungebundenen Bevölkerungsschichten.

Basisnahe Politik wird anspruchsvoller

Aus eigener, persönlicher Erfahrung ist auch ohne prophetische Gabe davon auszugehen, dass die praktische Arbeit der Parteien, ihr Bemühen um Wähler, Mitglieder und stabile Loyalitäten, um die vernetzende Synthese widerstreitender Interessen und Problemfelder in Zukunft zunehmend anspruchsvoller werden. Niemand, der Politik ernst nimmt oder ernsthaft betreibt, kommt heute mehr darum herum, sich engagiert mit den Symptomen einer schleichenden Krankheit auseinanderzusetzen: Mit schlecht besuchten Parteiversammlungen, mit wachsender Stimmbastinenz, mit Verlusten an Wählern an den Rändern, mit Verlust des Vertrauens in die politische Strukturen, mit der zunehmenden Anziehungskraft aktionsorientierter Einthemengruppierungen. Die Zeiten sicherer Erfolge im Vertrau-



en in die bisherige Resistenz der Integrationsparteien sind – man möchte sagen glücklicherweise – vorbei. Konkurrenz sollte auch in der Politik zu besseren Leistungen führen.

Basisnahe Politik schafft Vertrauen

Was ist gegen diese schleichende Krankheit, das spürbare Misstrauen gegenüber der Politik zu tun, wenn man zugleich in Rechnung stellt, dass die Individualisierung und Pluralisierung der Interessen auch parteiintern eher noch weiter zunimmt, das stille, weltanschauliche Einverständnis mehr und mehr durchbrochen wird, die Bindungen der Parteimitglieder laufend lockerer werden?

Ein erstes Bestreben der staatstragenden Parteien und ihrer Politiker, voran der politischen Mitte, muss ohne Zweifel dahin gehen, wieder verstärkt an und mit der Basis zu politisieren, die Meinungen der Mitglieder wieder vermehrt einzubeziehen und zur Geltung zu bringen, den Kontakt zur und die Kommunikation mit der Basis zu intensivieren, «volkstümlicher» zu politisieren und das Vertrauen in die politischen Sach- und Personalentscheidungen und Programme auf neue Grundlagen zu stellen.

Soll die politische Arbeit von unten nach oben gelebt, föderalistische und demokratische Politik betreiben, dann muss der Weg von den Parteispitzen zurück zur Basis wieder besser gepflegt werden. Be-

dürfnisse, Interessen sowie Lebens- und Kommunikationsgewohnheiten der Basis sind stärker auch in die politische Planung und Parteiarbeit einzubeziehen.

Dies verlangt auch eine entsprechende transparente Personalplanung und -förderung auf allen Stufen unseres Parteiwesens. Wichtig scheint mir auch die Schaffung einer offenen Streit- und Diskussionskultur von unten her, ohne dabei den Blick für das Gesamtinteresse zu verlieren und ohne sich gegenseitig auseinanderzudivieren oder sich bleibende Wunden zuzufügen. Die Kontakte zwischen den Inhabern öffentlicher Funktionen und der Basis sind zu intensivieren, und kantonale oder eidgenössische Parlamentarier dürfen sich nicht zu schade sein, auch in den lokalen Sektionen ihres Wahlkreises Basis- und Aufklärungsarbeit zu leisten.

Wichtige Plattformen in diesem Prozess sind ohne Zweifel die Präsidenten der Bezirks-, Orts- und Quartierparteien – als Brückenköpfe zwischen Mitgliedern einerseits und Inhabern öffentlicher Ämter andererseits. Der Schulung und Auswahl dieser Schlüsselfiguren muss im Sinne einer makellosen Personalpolitik nicht zuletzt von den Kantonalparteien her grösste Beachtung geschenkt werden, ebenso den Kaderkursen für die Parteiverantwortlichen.

Demokratie braucht Effizienz

Die Arbeit in den staatstragenden Parteien muss also nicht nur basisnäher, sondern auch professioneller und effizienter gestaltet werden. Gerade die Armeeabschaffungsinitiative hat gezeigt, wie seitens der GSoA wenige mit viel Begeisterung, persönlichem Einsatz und harter Knochenarbeit mit politischer Basisarbeit zu respektablen Ergebnissen kommen. Für die bürgerlichen staatstragenden Parteien ist das Berücksichtigen von Emotionen und das konsequente Bekenntnis zum persönlichen Stil entscheidend.

Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, dass die Herausforderungen erkannt und die entsprechenden Gegenmassnahmen eingeleitet werden. Den Worten müssen nun die Taten folgen. Wenn dies geschieht, werden sich die Traditionsparteien gegenüber den Rand- und Flügelgruppierungen aller Art auf die Dauer zugunsten unseres Landes zu behaupten wissen. Vor allem wird es gelingen, eine neue, breitabgestützte echte Vertrauensbasis zu schaffen, die es ermöglichen wird, sich an dieser Res publica der Schweizerischen Eidgenossenschaft im wahrsten Sinne des Wortes auf allen Stufen wieder vermehrt zu engagieren und diese persönlich mitzugestalten.

Verein Jugendberatung

Beraterteam für Jugendliche

Immer wieder wird von Dichtern und Denkern die Jugendzeit als die schönste Zeit im Leben besungen. Dies stimmt nicht. Die meisten Jugendlichen haben Sorgen, auch wenn das von aussen gesehen oft kaum sichtbar ist. Hier setzt der Verein Jugendberatung mit seiner Arbeit an.

Über 120 junge Menschen haben sich im Jahr 1988 beim Verein Jugendberatung Hilfe und Rat geholt, sei dies in Form von Telefonanrufen, von Gesprächen oder in Form von Briefen. Viele Jugendliche schreiben schon seit einigen Jahren in mehr oder weniger grossen Abständen an das Beraterteam.

Häufig finden Jugendliche in ihrer Umgebung niemanden, an den sie sich wenden können. Jeanine, zum Beispiel, schreibt: «Ich komme zwar mit meiner Mutter super aus, aber ich kann mit ihr nicht über meine Probleme reden, sie hört mir gar nicht zu.» Oft sind es für Aussenstehende kleine Probleme, mit denen Jugendliche an den Verein Jugendberatung gelangen. Klein für den, der sie nicht hat.

Im Laufe eines Briefwechsels, oft erst nach vielen Briefen, fasst der Jugendliche so viel Vertrauen, dass er wagt, auch tieferliegende Probleme anzuvertrauen. Ausserungen wie «Mich will sowieso keiner», «Wozu bin ich eigentlich auf der Welt?» sind häufiger, als man denkt. Mangelndes Selbstbewusstsein, Unsicherheit im Umgang mit Freunden und vor allem mit dem anderen Geschlecht sind Problemkreise, die sich verschärfen und zuspitzen können, wenn der Jugendliche nicht darüber sprechen kann und nicht rechtzeitig Rat und Hilfe erfährt.

Die Briefberatung hat den Vorteil, dass die Jugendlichen die Kontaktaufnahme ganz frei gestalten können. Sie können einmal schreiben oder auch immer wieder oder erst nach einiger Zeit wieder. So kann sich Vertrauen bilden, Schritt für Schritt. Der Verein Jugendberatung beschränkt sich

aber nicht auf die Briefberatung. Das Team führt auch Beratungsgespräche durch, die sich oft ganz natürlich an einen Briefwechsel anschliessen. Wenn nötig, werden Jugendliche auch an Ärzte und an andere Stellen überwiesen.

Ungefähr zwanzig Prozent der Jugendlichen haben sich telefonisch an den Verein gewendet. Auch hier konnte der Verein wertvolle Hilfe leisten und über drei bis fünf Telefongespräche einem Jugendlichen beratend zur Seite stehen.

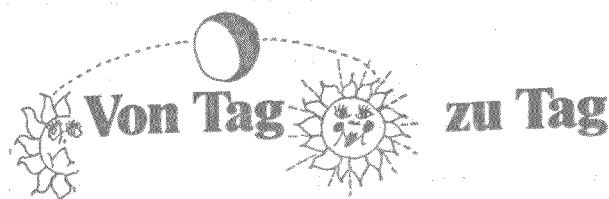
Da im Leben der Jugendlichen das Lernen in Schule und Lehre eine herausragende Rolle spielt, bietet der Verein Jugendberatung auch Lernhilfe für Jugendliche an. Wenn es mit dem Lernen in der Schule nicht klappt, gerät der Jugendliche oft in einen Teufelskreis. Setzt man hier rechtzeitig an, braucht es oft nicht viel, um diese verhängnisvolle Entwicklung zu stoppen.

Eine wichtige Funktion erfüllen auch die Gruppengespräche. Da kann offen über Probleme gesprochen werden. Aber: auch hier ist es freiwillig. Keiner muss etwas sagen, wenn er nicht möchte. Oft bringt es mehr, zuzuhören und mitzuerleben, dass andere doch ziemlich ähnliche Sorgen haben, mitzuerleben, dass es für jedes Problem eine Lösung gibt und dass man darüber sprechen kann.

Telefonische und persönliche Sprechstunden: Mittwoch und Donnerstag 14 bis 19 Uhr, Samstag 9 bis 12 Uhr.

Briefadresse:
Verein Jugendberatung, Postfach 2074, 8033 Zürich.

Telefon: (01) 362 01 24
Beratersteam: Daniele Beringer, Psychologin, Annemarie Gautschi, Erziehungsberaterin, Erika Mühlethaler, Lehrerin.



Internationales Engagement der FDP in der liberalen Dachorganisation

SFP. Die Situation in Osteuropa stand im Zentrum der Exekutivsitzung der Internationalen Liberalen (LI) am vergangenen Wochenende in Konstanz (BRD), an der auch der Vertreter der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Nationalrat Richard Reich (ZH), Ehrenmitglied der LI, teilnahm. Hugo Bütler, Zürich, wurde neuer Vizepräsident der LI und löste in dieser Funktion Richard Reich ab.

Auf Vorschlag des FDP-Delegierten wird in der Schweiz noch in der ersten Hälfte dieses Jahres ein internationales Seminar zum Thema Osteuropa stattfinden. Ziel dieses Seminars ist die Verstärkung und Koordination der Hilfeleistungen der liberalen Parteien an die demokratischen Bewegungen in Mittel- und Osteuropa.

1991 wird der Jahreskongress der liberalen Weltunion, der 52 liberalen Parteien aus 33 Ländern angehören, ebenfalls in der Schweiz stattfinden. Im Namen der FDP bekräftigte Richard Reich das aktive Engagement der Freisinnigen Partei in der internationalen Dachorganisation.

West- und Ostberlin-Kinder suchen Ferienplätze

ae. Im vergangenen Jahr konnte die «Marcel-Aeschbacher-Stiftung» wieder in rund 700 Schweizer Familien ein Berliner Ferienkind vermitteln. Die Stiftung sucht auch jetzt wieder für sechs Wochen einen Ferienplatz für Berliner Kinder. Im kommenden Sommer kann das im Jahre 1961 mit dem Bau der Mauer gegründete Hilfswerk die 12 000. Einladung registrieren. Die Öffnung der Mauer ermöglicht nun eben-

falls die Vermittlung von Kindern aus Ostberlin.

Nach wie vor wohnen im Westen der Stadt bedauernswerte Kinder in Notwohnungen, in Hinterhöfen und «Betonwästen», wo es sich schlecht spielen lässt. Mit der Öffnung der Mauer bekam nun die Kindermot in Berlin eine neue Dimension: Seither leben die zu vielen Tausenden in den Westen übersiedelten Familien mit ihren Kindern, oft gemeinsam in einem Wohnraum, in überfüllten Wohnheimen, wo, so weit möglich, Notwohnungen eingerichtet werden mussten.

Die Stiftung erhofft wieder viele Ferienplätze. Die Kinder sind gegen die Folgen von Unfall und Krankheit versichert. Sie können von einem von den Gasteilern bestimmten Bahnhof abgeholt werden. Die Fahrtkosten bis zu diesen Zentren und zurück sind gedeckt. Anmeldeformulare können beim Sekretariat der «Marcel-Aeschbacher-Stiftung», Stathalterstrasse 74, 3018 Bern, oder telefonisch über die Nummer (031) 34 26 76 angefordert werden.

Besondere Versicherungsformen

In Anbetracht der fortschreitenden Kostenexpansion im Gesundheitswesen begrüsst die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) grundsätzlich Massnahmen, die geeignet sein könnten, sich kostendämpfend und effektivitätssteigernd auszuwirken. Sie befürwortet daher in ihrer Vernehmlassungsantwort die vorgeschlagene Revision der Verordnung V über die Krankenversicherung. Diese sieht die Schaffung der Rechtsgrundlagen für die versuchsweise Einführung besonderer Versicherungsformen wie die sogenannten Versicherungsklassen (HMO) und die Bonusversicherung vor.

Begründung der Interpellation der FDP-Fraktion zu den Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa

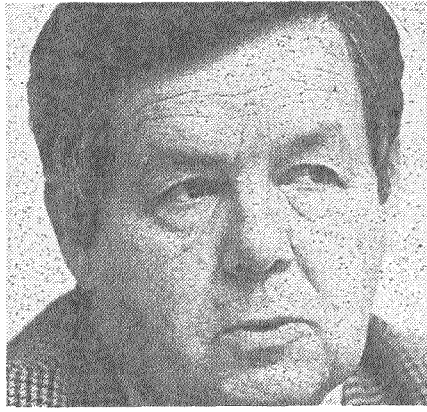
Entwicklungen in Osteuropa und die Schweiz

Was bedeutet die Entwicklung in Osteuropa für Europa? Die Hoffnungen – und darüber sind wir glücklich – sind gewachsen, aber auch die Risiken haben zugenommen. Wie soll sich die Schweiz angesichts der Veränderungen verhalten? FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny (BE) begründet die Interpellation der freisinnigen Fraktion zur Entwicklung in Osteuropa.

Wie soll sich die Schweiz angesichts der wirklich sensationellen Entwicklung in Osteuropa verhalten? Es ist klar, dass sie uns nicht gleichgültig lassen kann. Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) geht einen Schritt weiter: Sie verlangt auch, dass wir handeln. Dabei möchte ich unterscheiden zwischen Aktivsein und Aktivismus. Das erste befürworten wir. Wir lehnen aber irgendwelchen Aktivismus der Schweiz ins Blaue hinaus ab. Wir meinen, dass sich unser Handeln an zwei Fixpunkten zu orientieren haben wird, die zugleich gewährleisten, dass es zu keinen Konflikten mit unserer Neutralitätspolitik kommt.

Fixpunkte

Der erste Fixpunkt schweizerischen Handelns in dieser Lage ist die Durchsetzung der Menschenrechte in Osteuropa. Gerade hier hat die Schweiz eine grosse Chance und zugleich auch eine grosse Verantwortung. Dabei denken wir ganz besonders an die Stellung und das Handeln der Schweiz im Rahmen der KSZE-Konferenz. Es scheint uns, dass man in der KSZE die Möglichkeit wahrnehmen sollte, den politischen Wandlungsprozess in Osteuropa durch zusätzliche Vereinbarungen abzusichern. Der zweite Fixpunkt unseres Handelns besteht in der Respektie-



rung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in Osteuropa. Europapolitisch ist das wohl die primäre Legitimation für alle weiteren Schritte, nicht nur unseres Landes, sondern vor allem auch von EG, EFTA und Europarat. Dabei möchte ich klar sagen, dass wir, gerade wenn wir dieses Prinzip der Selbstbestimmung beachten wollen, den Völkern Osteuropas nicht unsere Wunschvorstellung suggerieren dürfen. Wir haben ihre selbstgewählten und selbstbestimmten Optionen zu berücksichtigen.

Prioritäten

Bei der praktischen Hilfe der Schweiz an Osteuropa möchte ich vor allem zwei Prioritäten – das ist meine persönliche Überzeugung, aber auch jene von meiner Frak-

tion – in den Vordergrund stellen. Wir sollten einmal eine wirklich grosszügige Hilfe in Form eines Programms gewähren, zum Beispiel für Studenten aus Osteuropa, damit sie an unseren Hochschulen auf eine kommende Wirtschaft in Osteuropa vorbereitet werden, die dann im internationalen Wettbewerb auch wirklich konkurrenzfähig sein muss. Hier haben wir in der Schweiz etwas zu bieten.

Das Zweite ist das, dass sich unsere materielle Hilfe vor allem auf Investitionsgüter ausrichten sollte, damit die immer noch schwache Infrastruktur in den osteuropäischen Staaten verbessert werden kann. Wir müssen uns bewusst sein: Wir können dort nicht einfach durch Lieferungen von High Technology eine echte Verbesserung bewirken. Eine Wirtschaft kann sich erst weiterentwickeln, wenn sie sich auf einer gesunden Basis und Infrastruktur mit entsprechendem Know-how abstützen kann.

Aufnahme in die EFTA?

In diesem Zusammenhang noch einige Bemerkungen zu einer allfälligen Aufnahme von Ungarn und Polen in die EFTA. Ich meine, diese Frage sei noch zu früh gestellt. Wenn ich ironisch wäre, würde ich sagen, dass wir diesen beiden Ländern nicht auch noch die schwerwiegenden Probleme, die zurzeit die EFTA belasten, aufbürden sollten. Wir helfen diesen Ländern – da denke ich jetzt nicht nur an Polen und Ungarn – besser, wenn wir gezielte Massnahmen ergreifen, so, wie ich es vorhin skizziert habe. Diese zwei Prioritäten sind natürlich unvollständig und wären noch zu ergänzen.

Vom Bundesrat erwartet die FDP jetzt klare Signale in dieser Sache. Denn er trägt in erster Linie die Verantwortung für unsere Aussenpolitik. Wir verlangen von ihm eine klare Lagebeurteilung. Wir verlangen von ihm aber auch klare Auskunft über das Verhalten unseres Landes in dieser Phase, die für den europäischen Kontinent von schicksalhafter Bedeutung ist.



Auf dem Weg nach oben

Auf dem Weg nach oben ist der Solothurner FDP-Ständerat Dr. iur. Max Affolter. Mit komfortabler Mehrheit wurde er in der vergangenen Wintersession zum Vizepräsidenten des Ständerates gewählt. Das heisst, Max Affolter wird im Jubeljahr 1991 das Amt des Präsidenten innehaben. Die FDP-Fraktion und die Partei gratulieren dem markanten Ständerat, der übrigens – auch das ist ein Grund zum Gratulieren – bereits auf eine zehnjährige Tätigkeit in der kleinen Kammer zurückblicken kann. (Photo run)



Osteuropa

Zur Entwicklung in Osteuropa hat die FDP-Fraktion eine dringliche Interpellation eingereicht. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Schweiz unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker Osteuropas und unserer Neutralitätspolitik diese Entwicklung nicht nur mit den Worten, sondern auch mit Taten unterstützen soll.

Der Bundesrat wird deshalb aufgefordert, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen: Wie beurteilt der Bundesrat die Lage in Osteuropa? Mit welchen möglichen Entwicklungen rechnet der Bundesrat mittelfristig? Welche Haltung soll die Schweiz gegenüber dieser neuen Lage und diesen Entwicklungen einnehmen? Nach welchen Kriterien soll unsere Hilfe gestaltet werden? Wie stellt sich der Bundesrat zu der häufig geäusserten Idee, Länder wie Ungarn und Polen in einer noch näher zu bestimmenden Form in die EFTA zu integrieren?

Agglomerationsverkehr

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) begrüsst in ihrer Vernehmlassungsantwort zur vorgesehenen Änderung des Treibstoffzollgesetzes (TZG) die Absicht des Bundesrates, den Agglomerationsverkehr aus Treibstoffzollmitteln durch den Bund zu fördern. Es dürfen aber keine Randregionen zugunsten der Agglomeration benachteiligt werden. Zudem sollen zusätzliche Mittel aufgewendet und nicht die bisherigen ausserordentlichen allgemeinen Strassenbeiträge des Bundes an die Kantone kompensiert werden. Besonderes Gewicht legt die FDP auf die Berücksichtigung der Anliegen der Behinderten (behindertenfreundliche Umsteigemöglichkeiten).

FDP zur Drogenpolitik

Der Kampf gegen das Drogenproblem muss in vier Hauptrichtungen geführt werden: Im Vordergrund stehen verstärkte Massnahmen auf dem Gebiet von Prävention und Information, Ursachenforschung, Therapieangeboten und Wiedereingliederungsmöglichkeiten. Zweitens muss der

Kampf gegen den Drogenhandel verstärkt werden. Drittens sollen die heutigen Möglichkeiten des Zwangsentzugs gegenüber Drogenabhängigen vermehrt zur Anwendung gelangen. Unter diesen Voraussetzungen kann viertens die Entkriminalisierung des Drogenkonsums ins Auge gefasst werden.

Diese Positionen hält die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) in ihrer Vernehmlassungsantwort auf den Bericht «Aspekte der Drogensituation der Schweiz» fest. Die FDP wird das Thema an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung vertieft und breit abgestützt behandeln.

Terminkalender

Februar	16. Delegiertenrat
	17. a. o. Delegiertenversammlung
März	Session: 5. 3. bis 23. 3.
April	1. Eidgenössische Volksabstimmung
	27. Delegiertenrat
	27./28. ord. Delegiertenversammlung/Parteitag in Glarus
Juni	Session: 5. 6. bis 22. 6.
	10. Eidgenössische Volksabstimmung
	22. Delegiertenrat
August	31. Delegiertenrat
September	Session: 17. 9. bis 5. 10.
	1. a. o. Delegiertenversammlung
	23. Eidgenössische Volksabstimmung
Oktober	Session: 17. 9. bis 5. 10.
	Kongress Liberale Weltunion in Finnland: 3. bis 7. 10.
	19. Delegiertenrat
	20. a. o. Delegiertenversammlung

Präsidentinnenkonferenz der Freisinnig-Demokratischen Frauen

Asylpolitik im Zentrum

In der Öffentlichkeit und in den Medien werde das Flüchtlingsproblem vor allem emotionell diskutiert, den politischen Parteien komme deshalb eine wichtige Informationsaufgabe zu. Dies erklärte Urs Hadorn, stellvertretender Direktor des Delegierten für das Flüchtlingswesen, an der Präsidentinnenkonferenz der Schweizerischen Vereinigung Freisinnig-Demokratischer Frauen in Bern. Neben Hadorn sprach an der Konferenz auch der Direktor des Flüchtlingsaufnahmезentrums des Schweizerischen Roten Kreuzes in Crissier. Margrit Annen berichtet.

Wie Hadorn erläuterte, stiegen die Asylgesuche von 16 726 im Jahr 1988 auf 24 425 im Jahr 1989, das heisst um 46 Prozent. An der Spitze der aus mehr als 15 Ländern stammenden Asylbewerber standen die Türkei, Sri Lanka, Libanon und Jugoslawien. An Fluchtgründen nannte Hadorn ausser Krieg, Verfolgung, Gewalt, Bevölkerungswachstum – in Ägypten etwa nimmt die Bevölkerung alle zehn Monate um eine Million Menschen zu – vor allem wirtschaftliche Not. Die Schweiz mit ihrer ausgezeichneten Wirtschaftslage sei deshalb für Flüchtlinge besonders attraktiv.

Auf mehr Flüchtlinge einstellen

Im Gegensatz zu den früheren Einwanderungsländern – Schweizer und Europäer nach Süd – seien die heutigen Einwanderungsländer nicht mehr leere, sondern über-

füllte Räume. Trotzdem werde, so Hadorn, die Zahl der Flüchtlinge weltweit weiter steigen und unser Land müsse sich inskünftig auf die Aufnahme von einigen zehntausend Flüchtlingen jedes Jahr einstellen.

Damit die Asylbehörden in kürzerer Zeit mehr Asylgesuche behandeln könnten, ist laut Hadorn nicht nur mehr Personal, sondern auch eine Umgestaltung des Asylverfahrens notwendig. Er erinnerte zudem daran, dass Föderalismus, auch in diesem Bereich, nichts anderes bedeute, als Aufgaben gemeinsam zu tragen. Hadorn vertrat auch die Ansicht, dass sich die Flüchtlingspolitik nicht mehr länger von der Ausländerpolitik trennen lasse. Wir müssten auf nationaler Ebene umdenken und uns unter anderem etwa fragen, ob wir auf dem Arbeitsmarkt immer nur gut ausgebildete Kräfte brauchen?

Vielfältiger Aufgabenkreis

In seinem Referat schilderte der Direktor des Flüchtlingsaufnahmезentrums in Crissier, Brogli, die Etappen auf dem Weg zur Bewerbung um Asyl, die Rolle des Betreuungspersonals und die Problematik Asylbewerber und einheimische Bevölkerung. So erhalten die Asylbewerber bei ihrer Ankunft im Zentrum materielle und finanzielle Hilfe wie etwa Essgeschirr, Pfannen, Kochplatte, Kleidung, Vergütung von Spesen bei Arbeitssuche und behördlich oder gesundheitlich bedingten Fahrten sowie für das Essen pro Tag zehn Franken für Erwachsene beziehungsweise fünf Franken für Kinder unter zehn Jahren und an Taschengeld 140 Franken für Erwachsene beziehungsweise 30 Franken für Kinder im Monat.

Im Zentrum, in dem vor allem Familien leben, werden schulpflichtige Kinder unterrichtet und die Erwachsenen in verschiedenen Schritten an die Verhältnisse in unserem Land gewöhnt. Von der Hilfe bei Arbeits- und Wohnungssuche, Ratschlägen bei gesundheitlichen Problemen, Schlichtung von Konflikten, Organisation von Gruppengesprächen, Dolmetscheraufgaben bis zur menschlichen Betreuung reicht der vielfältige Aufgabenkreis des Betreuungspersonals.

Neben sprachlichen Problemen und kulturellen Anpassungsschwierigkeiten ist laut Brogli für die Asylbewerber die Wartezeit im Asylbewerbsprozess besonders belastend. Schliesslich wies der Referent auch auf die sozio-erzieherische, das heisst die Mittlerfunktion des Personals zwischen Asylbewerbern und einheimischer Bevölkerung hin.

Grundlagen für die politische Arbeit

Auch 1989 sind vier Ausgaben der FDP-Zeitschrift «Politische Rundschau» erschienen, die eine nützliche Dokumentation bilden und Grundlagen für die politische Arbeit zur Verfügung stellen. Sie können zum Preis von je Fr. 5.– bestellt werden, die Zeitschrift ist zweisprachig (deutsch/französisch).

- Ex.
- Die Schweiz und die europäische Integration. Positionspapier der FDP-Fraktion (28 Seiten).
- Grundsätze einer freisinnigen Gesundheitspolitik (46 Seiten).
- Marktorientierte Instrumente der Umweltpolitik. Eine Analyse ihrer Tauglichkeit (77 Seiten).
- Lebensgrundlage Boden. Analyse, Thesen und Massnahmen aus der Sicht der FDP der Schweiz (44 Seiten).

Name, Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ, Ort _____
 Datum, Unterschrift _____
 Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern.